N° 06 — 13. FEBRUAR 2021

DAS MAGAZIN

Regeln zur Bewältigung der Klimakrise *Seite 21*

Anleitung zum Alleinsein *Seite 25*

Familienaufbruch *Seite 10*

Vertrocknete Palmen in Kalifornien (Aufnahme von 2014).

Sechs Regeln, wie wir die Klimakrise bewältigen können

Und die über das politische Links-Rechts-Schema hinausgehen.

TEXT **ION KARAGOUNIS**

Eigentlich betrachte ich mich als liberal denkenden Menschen. Der Staat soll möglichst wenig selber machen, aber mit geeigneten Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass wir uns gut entwickeln können – als Individuen, aber auch als Gesellschaft und Wirtschaft. Zudem soll er den sozial Schwachen oder Personen mit einem Handicap ein angemessenes Auffangnetz bieten, das nach objektiven Kriterien ausgestaltet ist.

Trotzdem stellte ich kürzlich fest, dass ich meist mit den Linken stimme, insbesondere dann, wenn es um den Schutz des Klimas und um andere Umweltfragen geht. Vor einigen Wochen warf mir sogar jemand vor, kommunistische Ideologie zu verbreiten. Dabei schrieb ich lediglich, dass Unternehmen nur noch dann Kredite erhalten sollten, wenn ihre Produkte und Dienstleistungen hohen sozialen und ökologischen Kriterien genügten, und dass der Liter Benzin einen Franken teurer sein sollte.

Wie können wir die Klimakrise bewältigen? Mit mehr Selbstverantwor-

tung und Innovation oder mit mehr Regeln und staatlichen Interventionen? Das ist die Frage, die hinter dem Widerspruch steht, in dem ich scheinbar stecke. In einem Links-Rechts-Schema gedacht fällt die Antwort leicht. Doch es lohnt sich, stärker zu differenzieren.

Die Kernfragen im Umweltschutz lauten: Wie verteilen wir nur beschränkt vorhandene Ressourcen auf die Menschen – Wasser, Wälder, Fischgründe oder Sand für die Bauindustrie? Und noch wichtiger: Was machen wir mit Abfällen, schädlichen Stoffen und Emissionen, die unsere Lebensgrundlagen zerstören?

Hätten wir keine Regeln, würde sich einer der folgenden Ansätze durchsetzen: Wir bedienen uns solange an den Ressourcen, bis keine mehr da sind – es wird uns dann schon etwas Besseres einfallen. Wer mehr zahlt, erhält mehr. Wer schon immer da war, erhält mehr – was sofort zur Frage führt, wer eigentlich schon immer da war, die indigene Bevölkerung oder die später eingewanderten oder eingefallenen Menschen? Oder, als vierte Möglichkeit, wir führen Krieg um Wasser oder um andere Ressourcen.

Und was geschähe mit den unerwünschten Abfällen und Emissionen? Krieg führen um etwas, das wir nicht wollen, ist schwer vorstellbar. Aber wir können Abfälle ja im Meer versenken, ins All katapultieren oder in arme Länder verschiffen.

Das alles haben wir bereits ausprobiert und wir wissen, dass diese Ansätze einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig sind. Deshalb benötigen wir differenzierte Regeln. Gut ausgestaltet lassen sie uns viel Freiheit. Sie mobilisieren unseren Ideenreichtum, fördern unsere Innovationskraft und garantieren allen Menschen ein Mindestmass an Chancengleichheit.

Wie sähen solche Regeln aus? Diese Frage habe ich verschiedenen Personen gestellt, die in der Verwaltung, in Unternehmen, in Wirtschaftsverbänden oder in Thinktanks tätig sind. Aus den Antworten lassen sich sechs Prinzipien ableiten:

1 — Klare Ziele setzen

Als erstes braucht es klare und langfristig ausgerichtete Ziele für den Schutz des Klimas. Sich Ziele zu setzen, auch als Gemeinwesen, ist nichts Verwerfliches. Jedes Unternehmen tut das, privat tun wir es auch (5 kg abnehmen).

Die Ziele müssen messbar sein, damit wir sehen, ob wir sie erreichen. Das mag lästig sein, vor allem dann, wenn wir sie verfehlen (Wie war das mit den 5 kg? 3 täten es doch auch). Zudem müssen die Ziele operationalisierbar sein: Die mittlere Erdtemperatur um nicht mehr als 1,5 bis 2 Grad ansteigen zu lassen, ist eine gute Leitlinie. Operationalisierbar wird sie aber erst dadurch, dass wir festlegen: Bis 2050 dürfen wir weltweit kein CO_2 mehr ausstossen, netto gerechnet. Damit weiss jeder, der CO_2-Emissionen verursacht, dass er das nicht mehr ewig darf. Er kann sich auf die Suche nach neuen Lösungen machen.

2 — Die Umsetzung nichtstaatlichen Akteuren überlassen

Es liegt an der Politik, die Ziele zu setzen. Einen geeigneten Weg zur Umsetzung zu finden, ist hingegen Sache der Forschung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Der Staat selbst soll sich zurückhalten, insbesondere soll er nicht den Einsatz bestimmter Technologien vorschreiben. Ein gelungenes Beispiel für dieses Prinzip ist das einst stark kritisierte «Glühlampenverbot» der EU aus dem Jahr 2009. Die ganze Regulierung unter diesem missliebigen Begriff zu stellen, greift zu kurz. Die EU hat in erster Linie Effizienzziele festgelegt: Sie hat eine maximale Energiemenge definiert, die eingesetzt werden darf, um eine gewisse Helligkeit zu erzeugen. Mit der veralteten Technologie der Glühlampe war das nicht mehr möglich. Zuerst brachte die Industrie Energiesparlampen auf den Markt, letztlich setzte sich aber die LED-Technik durch, ohne dass die EU die eine oder andere Technologie vorgeschrieben hätte.

3 — Ökonomische Anreize setzen

Zahlen sprechen eine einfache Sprache, vor allem wenn es um Geld geht. Wenige Kenngrössen sagen viel aus über das private Budget oder den Erfolg eines Unternehmens. Ökonomische Anreize lenken unser Handeln meist stärker als andere Faktoren. Gute Regulierungen müssen deshalb umweltschädliches Handeln bestrafen. Die Instrumente dazu kennen wir schon lange: Umweltabgaben, Emissionszertifikate, Bonus-Malus-Systeme oder die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen. Sie werden unter dem Begriff «Marktwirtschaftliche Instrumente für den Umweltschutz» zusammengefasst.

Immer wieder lesen wir Berichte über Rohwaren, Zwischen- und Endprodukte, die über den halben Globus hin- und hertransportiert werden: die Tomate, die in China geerntet, in Italien zu Tomatenpüree eingekocht und dann in Europa verkauft wird. Oder die Cashewnüsse, die in Afrika angebaut und in Vietnam verarbeitet werden, bevor man sie in der Schweiz verpackt und in die Ladenregale stellt.

Wir zeigen uns entrüstet und rufen danach, solch ökologisch unsinnige Praktiken zu verbieten. «Wir machen nur, was ökonomisch effizient ist», lautet die Standardrechtfertigung der Wirtschaft. Ökonomisch effizient zu handeln mag für ein Unternehmen richtig und überlebenswichtig sein. Was aber ökonomisch effizient ist und was nicht, ist weder ein Naturgesetz noch gottgegeben. Wir können das steuern, indem wir die Rahmenbedingungen ändern. Hohe Abgaben auf CO_2-Emissionen und den Energieverbrauch würden den Transport über grosse Strecken von Allerweltsprodukten wie einer Tomate ökonomisch ineffizient machen. Jedes Unternehmen, das genau rechnet, würde sofort auf die Transporte verzichten.

Leider gibt es zwei Haken bei den marktwirtschaftlichen Instrumenten: Sie werden erst in wenigen Fällen angewendet und oft wurden die Preise so tief angesetzt, dass sie keine signifikante Wirkung entfalten können. Ein positives Beispiel hingegen ist die Schweizer CO_2-Abgabe auf Brennstoffe. Die CO_2-Emissionen, die beim Heizen und bei industriellen Prozessen entstehen, nahmen seit der Einführung der Abgabe jährlich um rund zwei Prozent ab. Noch nicht so weit sind wir bei Treibstoffen wie Benzin und Diesel. Hier gibt es keine Abgaben und die Emissionen sind immer noch gleich hoch wie 1990. Will man die Klimaziele der Schweiz – vier Prozent weniger CO_2-Emissionen pro Jahr – allein mit der CO_2-Abgabe erreichen, müssten alle Sektoren die Abgabe bezahlen und diese müsste doppelt so hoch sein wie heute beim Heizen.

In einem System, das schädliche Emissionen ausreichend belastet, bräuchten wir theoretisch auch keine Förderinstrumente mehr für die wünschbaren Lösungen. Sobald der Preis an der Tanksäule oder die Energierechnung genügend schmerzt, suchen wir nach Alternativen. Dinge wie Abwrackprämien für alte Autos, Steuerreduktionen für Elektromobile oder kostendeckende Einspeisevergütungen für Fotovoltaikanlagen wären überflüssig.

4 — Regeln global vereinheitlichen

Globale Umweltprobleme wie der Klimawandel brauchen global gültige, einheitliche Regeln. Sonst gibt es Ausweichbewegungen dorthin, wo die Regeln schwach sind. Das ist intuitiv klar. Zwar gibt es dabei einen Haken: «Grundsätzlich ja, aber nur, wenn die anderen auch mitziehen» ist das Totschlagargument gegen jede neue Regel, die zur Diskussion gebracht wird. Statt dass wir vorwärts machen, kommt es zu einem *race to the bottom*, einem Unterbietungswettlauf, bis wir bei Kompromissen ankommen, die dem Klima nichts bringen.

Das über Jahre andauernde Gezerre bis zum Pariser Klimaabkommen von 2015 und die zögerliche Umsetzung bringen nicht nur die Klimastreikenden zur Verzweiflung. Womöglich stehen wir jedoch vor einer Trendwende. Der Druck der Strasse hat viel bewegt und vor allem grosse Unternehmen überbieten sich zurzeit darin, griffige Klimaziele zu deklarieren.

Aber eine absolute Einigkeit für stärkere internationale Standards wäre dabei nicht einmal notwendig. Heute vermutet die Forschung, dass es reicht, wenn eine genügend hohe Anzahl von relevanten Staaten bereit ist, strengere Regeln zu akzeptieren. Man spricht von «Clublösungen» oder «Coalitions of the Willing». Bei einer international harmonisierten CO_2-Abgabe beispielsweise bräuchte es neben der EU lediglich einen anderen grossen Player, wie die USA oder China, der mitzöge. Der Rest würde mit der Zeit automatisch folgen, so die Annahme. Zudem wäre es den Vorreitern möglich, die Importe aus Ländern ohne CO_2-Abgaben mit Steuern zu belegen. Grenzsteuerausgleich nennt sich das im Fachjargon.

Soll aber ein kleines Land wie die Schweiz vorangehen? Hier scheiden sich die Geister. Die einen betonen, dass das Vorangehen zusätzliche Wertschöpfung in der Schweiz generiere und einen Technologievorsprung schaffe, der sich exportieren liesse. Andere wiederum beurteilen das Risiko als zu gross, weil man allenfalls in Dinge investiere, die später nicht zum Standard werden. ⟶

5 — Regeln vereinfachen oder abschaffen

Wir sollten Regeln von Zeit zu Zeit überprüfen, vereinfachen oder wieder ganz abschaffen. Leider gibt es dazu wenig Ermutigendes zu berichten.

Es war 2005, als Bundesrat Merz vorschlug, die Mehrwertsteuer radikal zu vereinfachen: Ein Steuersatz für alles, kaum mehr Ausnahmen von der Steuerpflicht. Ich war sofort Feuer und Flamme für diese Idee. Als Geschäftsleiter einer kleinen Organisation mit wenigen Millionen Umsatz pro Jahr litt ich wie viele andere unter der Komplexität der Mehrwertsteuerabrechnung und unter der Angst, nach einer Kontrolle durch die Steuerverwaltung nachzahlen zu müssen. Es wäre mir völlig egal gewesen, ein paar tausend Franken Steuern mehr pro Jahr zu bezahlen, wenn ich dafür nur eine einzige Zahl an das Steueramt hätte melden müssen: den erzielten Jahresumsatz.

Auch andere Projekte zur Vereinfachung haben Schiffbruch erlitten. Ich denke an die FDP-Initiative zur «Steuererklärung auf einem Bierdeckel», die bei den Abzügen radikal ausgemistet hätte. Das tönt doch enorm verlockend: Drei bis vier Zahlen erfassen, auf «Absenden» drücken und wieder Ruhe haben für ein Jahr.

Einfachheit bedingt Grosszügigkeit. Doch wir sind Erbsenzähler und Meister darin, die Komplexität von Regeln zu steigern. Hier eine Ausnahme, da ein Spezialfall, dort eine Ungerechtigkeit. Je detaillierter wir regeln, desto mehr Schlupflöcher oder zu wenig eindeutige Tatbestände entdecken wir und machen uns wieder ans Werk.

Immerhin: Beim Umweltschutz wurde auch schon mal ausgemistet. So wurden Regeln zur Kontrolle von Erdöltanks oder zur Abgaskontrolle von Autos vereinfacht. Die Zuverlässigkeit der Technik hatte sich soweit verbessert, dass diese teilweise überflüssig geworden waren. Ohne Nebengeräusche ging das jedoch nicht vor sich. Wer an den Kontrollen verdient hatte, wehrte sich gegen die Ausdünnung. Etwas stimmt tröstlich: Der Ausstieg aus den fossilen Energien wird solche Kontrollen ohnehin obsolet machen.

6 — Auch verbieten kann ökonomisch effizient sein

Sind Verbote tabu in einer liberalen Marktwirtschaft? Nein. Wenn der Schaden, den ein Produkt oder ein Produktionsprozess erzeugt, jeden Nutzen übersteigt, dann ist ein Verbot die richtige Lösung. Verboten wurde immer wieder, so der Einsatz von Asbest in Baumaterialien oder die Verwendung giftiger Chemikalien wie das «Dirty Dozen» durch das Stockholmer Übereinkommen im Jahr 2001.

Nutzungsverbote sind auch bei nur endlich verfügbaren Ressourcen sinnvoll. Das klassische Beispiel dafür ist unser Boden. Nach wie vor überbauen wir in der Schweiz jährlich eine Fläche so gross wie der Walensee. Irgendwann kommt aber der Moment, in dem das nicht mehr geht. Um das zu verstehen, muss man nicht Naturwissenschaften studiert haben. Neben starren Verboten sind Instrumente denkbar, die Flexibilität ermöglichen: Ein Flächentausch, bei dem wir Boden dann neu nutzen dürfen, wenn wir andernorts eine gleich wertvolle Fläche renaturieren; oder eine Bodenverbrauchsbremse, analog zur Schuldenbremse bei den Bundesausgaben.

Verbote haben gegenüber marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten Vorteile: Sie sind klar und sie brauchen keine komplexen Mechanismen. Frühzeitig angekündigt ergeben sie Planungssicherheit und ermöglichen einen geordneten Ausstieg aus einer Technologie. Im Idealfall lassen sich Investitionen noch amortisieren.

Wäre es gerechtfertigt, aus Gründen des Klimaschutzes die Nutzung fossiler Energien zu verbieten? Ich bin der Meinung: ja, zumindest teilweise. Zurzeit versuchen wir mit komplexen Regeln das hinauszuzögern und zu kaschieren, was unausweichlich ist: die Abkehr von der Ölheizung und vom Benziner. Da ist es einfacher und ehrlicher zu sagen: Ab dem Jahr 2035 wird kein Gebäude mehr fossil beheizt. Ab 2035 fährt kein Personenwagen mehr mit Benzin oder Diesel. Ersatztechnologien gibt es genügend. Beschneiden wir damit irgendeine Freiheit? Nein. Niemandem wird verboten, seine Wohnung zu heizen oder Auto zu fahren. Wir verhindern lediglich, dass er dabei mit seinen Emissionen unsere Lebensgrundlagen zerstört.

Anders sieht es aus beim Schwerverkehr, beim Fliegen oder bei industriellen Prozessen, wo die Alternativen noch nicht marktreif sind. Hier sind starke Preissignale – über eine CO_2-Abgabe – die richtige Strategie. Sie animieren die Entwicklung hin zu emissionsfreien Technologien.

Soweit die sechs Prinzipien. Sie tönen banal, nur: Wieso tun wir das alles nicht? Dazu gibt es viele Erklärungen. Auf den Punkt gebracht: Niemand verzichtet gerne auf Privilegien und kaum jemand verlässt gerne das Nest, in dem man sich wohlig eingerichtet hat.

Neulich las ich, dass die Kaminfeger um ihren Beruf bangen. Je weniger wir mit Öl oder Gas heizen, desto weniger Kaminfeger braucht es. Ihr Berufsverband unterstützt deshalb das Referendum gegen das CO_2-Gesetz, über das wir im Juni abstimmen werden.

Das ist zutiefst menschlich und eine nachvollziehbare Strategie, wenn es darum geht, die eigene Existenz zu sichern. Trotzdem erschwert ein solches Vorgehen, Lösungen für globale Probleme wie die Klimakrise zu finden. Selbst wenn neue Regeln innovationsfreundlich und ökonomisch effizient sein mögen, um die entscheidende Frage kommen wir nicht herum: Wie bringen wir jemanden dazu, auf persönliche Vorteile zu verzichten, zugunsten eines Ziels, von dem wir alle profitieren? Auf die Kaminfeger gemünzt: Wie lässt sich ihr Beruf weiterentwickeln, sodass sie auch in der fossilfreien Zukunft einen spannenden Job haben?

Der britische Philosoph Bertrand Russell hat schon Mitte des letzten Jahrhunderts gefragt, wie man die Menschen dazu überreden kann, in ihr eigenes Überleben einzuwilligen. Das wüsste ich auch gerne. **DM**

ION KARAGOUNIS ist beim WWF Schweiz verantwortlich für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen. Er schreibt regelmässig zu Umwelt- und Reisethemen. info@karagounis.ch